Niederschrift

über die Sitzung des Finanzausschusses

der Gemeindevertretung Langballig

am Dienstag, d. 24. September 2013 um 17.00 Uhr

im großen Sitzungsraum der Amtsverwaltung Langballig

Tagesordnung:

1. Beschlussfassung über die im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu behandelnden Tagesordnungspunkte
2. Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED
3. Änderung der Hafenabgabensatzung
4. Sanierung des Bauhofes
5. Regenwasserentsorgung für den Bereich Süderende
6. Umgestaltung des Spielplatzes bei der Schule
7. Ersatzbeschaffung Bauhof-Fahrzeug
8. Verschiedenes
9. Zuschussanträge

Anwesende:
seitens des Finanzausschusses:
Finanzausschussvorsitzender Frank Hansen
Finanzausschussmitglied Sven-Ole Nissen
Finanzausschussmitglied Christian Schümann (ab 17.07 Uhr)
Finanzausschussmitglied Kevin Schober
stellvertretendes Finanzausschussmitglied Thorsten Sprenger (ab 17.45 Uhr)

entschuldigt fehlte:
Finanzausschussmitglied Michael Mangelsen

seitens der Gemeindevertretung:
Bürgermeister Peter Dietrich Henningsen
Gemeindevertreter Walter Bunn
Gemeindevertreter Nikolaus Asmussen
Gemeindvertreterin Marina Bräuer

als Gäste:
Günter Cordsen -zgl. als Protokollführer-
Hansgeorg Henningsen

Beginn: 17.00 Uhr
Ende: 19.37 Uhr

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die erschienenen Ausschussmitglieder und den Bürgermeister, die Gemeindevertreter/in und verweist auf die ausgehändigten Tischvorlagen. Er stellt fest, dass gegen Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben werden. Der Ausschuss ist beschlussfähig.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:
Beschlussfassung über die im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu behandelnden Tagesordnungspunkte

Es sind derzeit keine Zuhörer anwesend. Es wird darüber beraten, inwieweit der Tagesordnungspunkt 9 in nicht öffentlicher Sitzung behandelt werden soll. Bürgermeister Henningsen erläutert einen vorliegenden Antrag eines Gewerbetreibenden auf eine Bezuschussung einer Ölabscheideranlage und einen anderen Antrag hinsichtlich einer Gehwegänderung. Herr Cordsen weist darauf hin, dass möglicherweise Belange der einzelnen Antragsteller gegen eine öffentliche Besprechung stehen.

Für eine Beratung des Tagesordnungspunktes 9 unter Ausschluss der Öffentlichkeit wird wie folgt abgestimmt:
Eine Ja-Stimme, eine Nein-Stimme, eine Stimmenthaltung:
Damit ist der Antrag abgelehnt und der Tagesordnungspunkt 9 wird in öffentlicher Sitzung beraten.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:
Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED

Bürgermeister Henningsen erläutert die bisherigen Beratungen zur Umstellung von Straßenbeleuchtung auf LED Leuchtmittel. Er geht dabei auch auf die Antragstellung von Bundesfördermitteln, die Ausschreibung und Finanzierung ein. Auf Nachfrage zu den Themen der Wartung, der Lichtfarbe, der Lebenszeit der Leuchtmittel und den Garantiebedingungen sowie zur Energieeinsparung und zum Ausschreibungsergebnis wird über die einzelnen Punkte diskutiert. Die Stromkosteneinsparung soll ca. 1.300 EUR jährlich betragen. Eine Amortisierung der Investition wäre nach 11 Jahren gegeben. Berechnungsgrundlagen hierfür lagen nicht vor. Herr Cordsen sichert zu, dass zur Sitzung des Bauausschusses am 25.09.2013 hinsichtlich Aussagen des Fachplaners zur Wartung. Lichtfarbe, Lebenszeit und Garantie der Lampen eine Information per Email kommen wird.

Herr Schober stellt, unter der Voraussetzung das noch Informationen bis zur Gemeinderatssitzung nachgereicht werden, den Antrag, entsprechend der Beschlussvorlage einen Beschluss zu fassen.

Es ergeht bei vier Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme folgender Beschluss:
Der Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung folgenden Beschluss zu fassen:
Die Gemeindevertretung genehmigt den Abschluss der Kooperationsvereinbarung mit den Gemeinden Dollerup, Wees und Munkbrarup vom 12.03.2013 über die gemeinsame Umstellung der Straßenbeleuchtungsanlagen auf LED. Es wird ferner die Auftragsvergabe an den Fachplaner Reiner Hansen und die Zuschlagserteilung an die Firma Reiner Brand durch den Bürgermeister genehmigt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:
Änderung der Hafenabgabensatzung

Bürgermeister Henningsen erläutert den Vertrag zwischen der Gemeinde und Herrn Jaich. Aus dem Vertrag hat Herr Jaich den Anspruch auf Erhöhung der Entgelte entsprechend der Entwicklung des Lebenshaltungskostenindex. Herr Jaich hat darüber hinaus zusätzliche Änderungen gewünscht und möchte hinsichtlich der Winterliegeplätze Modifizierungen.

In der Diskussion um die Anpassungswünsche des Herrn Jaich, der nur in Teilbereichen Erhöhungen wünscht, sprechen sich der Bürgermeister und der Ausschussvorsitzende für eine entsprechende Anpassung aus, da sie diese für moderat halten.

Es ergeht folgender einstimmiger Beschluss:
Die Amtsverwaltung wird gebeten, einen Satzungsänderungsentwurf entsprechend den Vorschlägen des Herrn Jaich zur Beratung in der Gemeindevertretung vorzubereiten. Der Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die von Herrn Jaich vorgeschlagene Abgabenänderung zu beschließen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:
Sanierung des Bauhofes

Bürgermeister Henningsen berichtet von dem Vorhaben, den Bauhof in Teilbereichen zu sanieren und warum diese Maßnahme bisher aufgeschoben wurde. Er weist darauf hin, dass dies in Kostenbeteiligung mit der Gemeinde Westerholz erfolgt. Es liegt ihm eine aktuelle Kostenschätzung des Architekten Rehder vor, der diese Maßnahme im Bauausschuss erläutern wird. Insbesondere sind die höheren Anforderungen an die Isolation berücksichtigt. Auf Nachfrage von Herrn Sprenger erläutert der Bürgermeister, dass das Honorar für den Architekten in der Kostenaufstellung berücksichtigt ist. Herr Schober ist der Meinung, dass zunächst die Beratung im Bauausschuss hinsichtlich des Umfanges der durchzuführenden Arbeiten abgewartet werden sollte und dass die dann neu zu erstellende Kostenermittlung im Finanzausschuss ggf. beraten werden kann. Auf Nachfrage von Herrn Schober, wie vorgegangen werden soll, wenn die Gemeinde Westerholz nicht bereit sei, ihren Anteil zu übernehmen, teilt Bürgermeister Henningsen mit, dass die Gemeinde Westerholz ihm grundsätzlich die Beteiligung zugesichert habe. Sollte dafür in 2013 keine Entscheidung fallen, würde er der Gemeinde Westerholz anbieten, den Anteil in 2014 zu bewirken. Er spricht sich in jedem Fall für eine Reparatur in 2013 aus.

Herr Cordsen verweist auf die Werte der Ergebnisrechnung aus denen ersichtlich wird, dass bei der Gewerbesteuer rd. 42.000 Euro höhere Erträge zu erwarten sind und bei weiterer Akzeptanz des bisher im Haushaltsplan vorgesehenen Verlustes bestünde dann eine Finanzierungsmöglichkeit. Derzeit sind im Haushalt der Gemeinde Langballig nur netto 11.000 Euro für die Reparaturen vorgesehen. Die zusätzlichen Mittel müssten somit außerplanmäßig bereitgestellt werden.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, dass der Finanzausschuss der Gemeindevertretung die Beschlussfassung empfiehlt, die Sanierung des Bauhofes in 2013 vorzunehmen und die dazu notwendigen Aufträge zu erteilen.

Es ergeht folgender einstimmiger Beschluss:
Der Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung folgenden Beschluss zu fassen:
Die Gemeindevertretung beschließt die Sanierung des Bauhofes hinsichtlich der Isolierung des Mauerwerkes bei den Sozial- und Geräteräumlichkeiten für 2013. Die Mehrkosten von rd. 12.000 Euro gegenüber der bisherigen Veranschlagung im Haushalt werden als überplanmäßige Ausgaben genehmigt. Die Deckung dieser Ausgaben erfolgt durch die Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer. Sofern die Gemeinde Westerholz aus wirtschaftlichen Gründen in 2013 ihren Anteil nicht übernehmen kann, wird der Gemeinde Westerholz angeboten, ihren Anteil in 2014 zu bewirken.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:
Regenwasserentsorgung für den Bereich Süderende

Bürgermeister Henningsen berichtet über die Entwässerungssituation für das Oberflächenwasser im Bereich Süderende. Hinsichtlich der Regenwasserentsorgung für das Feuerwehrgerätehaus mit dem befestigten Vorplatz hat Architekt Rehder zwei Alternativen entwickelt. Vorweg wurde durch ein technisches Büro die Situation um das Gerätehaus und das Amtshaus Langballig herum ermittelt und aufgrund dieser fachtechnischen Aussagen hat Architekt Rehder zum einen ein System mit Rigolen vorgeschlagen, das nach seinen Ermittlungen rd. 24.000 Euro kosten würde, oder ein System mit einer Steinschüttung, das dann nur noch 17.900 Euro kosten soll. Zum letzteren liegt auch schon ein entsprechendes Angebot eines Unternehmers vor, so dass dieser Preis realistisch ist. Bürgermeister Henningsen spricht sich allerdings dafür aus, aufgrund der finanziellen Situation der Gemeinde, diese Maßnahme auf 2014 zu verschieben und die Mittel dafür im neuen Haushalt bereitzustellen.

Gemeindevertreter Schober schließt sich dem Vorschlag des Bürgermeisters an.

Es ergeht folgender einstimmiger Beschluss:
Der Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung sich mit der Entwässerung für das Feuerwehrgerätehaus in der Straße Süderende 2014 erneut zu befassen. Die dafür notwendigen Mittel sollen in 2014 bereitgestellt werden.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:
Umgestaltung des Spielplatzes bei der Schule

Bürgermeister Henningsen berichtet von einem Versuch, die Erneuerung des Spielplatzes bei der Schule mit Fördermitteln von der AktivRegion durchzuführen. Seit längerer Zeit wird immer wieder über die Situation auf dem Spielplatz bei der Schule auch mit dem Schulträger diskutiert. Bisher wurde dies aus finanziellen Gründen immer wieder hinausgeschoben. Nunmehr ergab sich die Möglichkeit, die EU-Fördermittel bei der AktivRegion hinsichtlich dieses Projektes abgreifen zu können. Die derzeitigen Maßnahmekosten liegen bei 28.000 Euro und der Zuweisungsbetrag würde 13.000 Euro betragen. Der Förderverein der Schule hat für diese Maßnahme Unterstützung zugesichert und eine Arbeitsgruppe hat sich schon einmal Gedanken um die möglichen Maßnahmen gemacht. Aus diesen Beratungen heraus wurden Kunststoffgeräte geplant, die für eine längere Haltbarkeit Gewähr bieten sollen. Der Antrag der Gemeinde im Zulassungsausschuss der AktivRegion erfolgte mit einstimmiger Zustimmung und der Bürgermeister ergänzt, dass die Elternvertreter weiterhin für dieses Projekt in Eigenleistung die Hütte reparieren wollen. Auch weist er darauf hin, dass dieser Spielplatz, der auch von der Schule genutzt wird, zur Hälfte durch das Amt mitfinanziert wird. Daher geht er davon aus, dass die Nettoeigenmittel der Gemeinde für dieses Projekt bei 6.000 Euro liegen.

Nach kurzer Beratung ergeht bei vier Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgender Beschluss:
Der Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung folgenden Beschluss zu fassen:
Die Gemeindevertretung beschließt die Durchführung der Umgestaltung des Spielplatzes entsprechend dem Förderprojektantrag bei der AktivRegion. Die für die Finanzierung notwendigen Nettoeigenmittel in Höhe von 6.000 Euro sind bisher im Haushalt nicht vorgesehen und deren Bereitstellung wird außerplanmäßig genehmigt. Die Deckung erfolgt teilweise durch die nicht benötigten Mittel bei der Umstellung der Straßenbeleuchtung. Die übrigen Mittel gehen zu Lasten der bestehenden Liquidität.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:
Ersatzbeschaffung Bauhof-Fahrzeug

Der Gemeindearbeiter Hansgeorg Henningsen berichtet von einem Angebot eines Händlers aus Bautzen über ein neuwertiges Fahrzeug der Marke Nissan. Dieses Fahrzeug ist mit 52 km Leistung angegeben und kann nicht mehr als Neufahrzeug verkauft werden. Der Händler ist ein autorisierter Nissan-Händler; das Fahrzeug ist motorisiert mit einem Dieselmotor, wird mit einer Anhängerkupplung zum Ziehen von 3 to. Last zugelassen, besitzt einen Kipper und Allrad und der Listenpreis beträgt für dieses Fahrzeug 31.000 Euro. Gleichwertige Fahrzeuge wurden in der Umgebung auch von verschiedensten Händlern angeboten und dafür ist zumindest ein Betrag von 26.000 Euro auszugehen. Dieses Fahrzeug wird uns angeboten für 21.990 Euro.

Bürgermeister Henningsen lobt das Engagement des Herrn Henningsen für die Beschaffung eines Fahrzeuges. Er empfiehlt aufgrund der Dringlichkeit eine schnelle Entscheidung zu treffen. Dieses Fahrzeug wird vom Händler ggf. sonst an andere Interessenten sofort verkauft. Im Haushalt der Gemeinde stehen für die Anschaffung eines Fahrzeuges z. Z. netto 13.000 Euro zur Verfügung. Die Gemeinde Westerholz würde sich an der Beschaffung beteiligen, da dieses Fahrzeug auch für Arbeiten in der Gemeinde Westerholz durch den Gemeindearbeiter eingesetzt wird.

Es ergeht folgender einstimmiger Beschluss:
Der Finanzausschuss spricht sich für die Beschaffung des der Gemeinde angebotenen Fahrzeuges für den Preis von 21.990,00 Euro aus. Der Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung folgenden Beschluss zu fassen:
Die Gemeindevertretung beschließt die Genehmigung des Kaufvertrages zur Anschaffung eines Ersatzfahrzeuges für den Bauhof in Höhe von 21.990,00 Euro. Hinsichtlich der Finanzierung des Fahrzeuges wird ein möglicher Nettoeigenanteil in Höhe bis zu 500,00 Euro über die bereitstehenden Mittel des Haushaltes hinaus überplanmäßig genehmigt.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:
Verschiedenes

Bürgermeister Henningsen hat einen Antrag der Abfallwirtschaftsgesellschaft Schleswig-Flensburg vorliegen, die gern für den Bereich der Gemeinde Langballig mehrere Altkleidercontainer gegen eine entsprechende Miete aufstellen möchte.

Herr Henningsen schlägt vor, jeweils Container in Langballigau und an der Schule aufzustellen, aber nicht in unmittelbarer Nähe zu den bestehenden Containern des DRK.

In der weiteren Diskussion um diesen Vorschlag, äußert Herr Schober als Vorstandsmitglied des DRK, dass seiner Meinung nach die Container sehr wohl neben den vorhandenen Containern aufgestellt werden könnten.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:
Zuschussanträge

1. Zuschuss für Ölabscheider
Bürgermeister Henningsen berichtet von einem Antrag eines Gewerbetreibenden aus dem Gewerbegebiet über die Bezuschussung eines Ölabscheiders. Dieser Betrieb war verpflichtet worden, eine entsprechende technische Einrichtung einbauen zu müssen und die nicht unerheblichen Kosten wurden zum Anlass genommen, hierfür von der Gemeinde eine entsprechende Zuweisung zu erhalten. Der Bürgermeister spricht sich gegen eine Bezuschussung aufgrund der Tatsache aus, dass in Abwasserangelegenheiten dies noch nie gemacht worden ist und immer Angelegenheit des jeweiligen Verantwortlichen gewesen sei und er auch in dieser Angelegenheit keinen Präzedenzfall schaffen möchte.

Es ergeht folgender einstimmiger Beschluss:
Der Antrag des Herrn von Appen auf Bezuschussung des Ölabscheiders wird abgelehnt.

2. Zuschuss für Gehveränderung
Bürgermeister Henningsen berichtet dann von der Baumaßnahme des Herrn Asmussen in der Schwarzen Straße. Herr Asmussen hat hinsichtlich der Zufahrt für das Grundstück Nr. 2 eine andere Planung umgesetzt und muss jetzt am Gehweg Veränderungen vornehmen. Hinsichtlich des Absenkens und Anhebens des Bordsteines würden nach Aussage von Herrn Asmussen rd. 1.500 Euro Kosten entstehen, die er gerne von der Gemeinde Langballig bezuschusst bekommen würde.

Nachdem keine weiteren Fragen zu dieser Maßnahme an Herrn Asmussen gestellt werden sollen, verlässt Herr Asmussen aus Gründen der Befangenheit den Sitzungsraum.

Herr Schober fragt sich, inwieweit die Gemeinde rechtlich verpflichtet sei, hier sich finanziell zu engagieren. Nach Aussage von Herrn Cordsen sieht er keine rechtliche Verpflichtung dazu.

Der Bürgermeister macht den Vorschlag, in dieser Angelegenheit nur einen Teil der Kosten zu übernehmen, da es die Angelegenheit des Herrn Asmussen war, zu entscheiden, wo er die Zufahrt wählen möchte. Sofern sich die Gemeinde beteiligt, sollte aber die Anforderung erfolgen, dass in dem bisherigen Zufahrtsbereich der Gehweg und der Bordstein angehoben werden.

Bei drei Ja-Stimmen und zwei Nein-Stimmen wird folgender mehrheitlicher Beschluss gefasst:
Für die Veränderung des Gehweges und des Bordsteines vor dem Grundstück Schwarze Straße 2 wird Herrn Asmussen ein Zuschuss in Höhe von bis zu 300,00 Euro zugestanden, sofern er in den bisherigen Zufahrtsbereich den Gehweg und den Bordstein anhebt.

3. Unterstützung der Flutopfer
Herr Schümann wiederholt seine Anregung aus der letzten Gemeindevertretersitzung, für die Flutopfer eine Zahlung in Höhe von 1.000 Euro durch die Gemeinde Langballig in den Stützungsfonds einzuzahlen. Er erläutert dies und weist darauf hin, dass der Einsatz von 75 Cent je Einwohner/in hier ein geringer finanzieller Aufwand sei, um mit einer solchen solidarischen Handlung die wirtschaftliche Not der Flutopfer zu lindern.

Herr Hansen sieht in dem Vorschlag des Herrn Schümann keine Aufgabe der Gemeinde. Eine Zahlung in einen Fonds ist nach seiner Auffassung keine sinnvolle Verwendung von gemeindlichen Mitteln.

Nachdem in der anschließenden Diskussion sich keine neuen wesentlichen Gesichtspunkte ergeben, stellt Herr Hansen einen **Geschäftsordnungsantrag** zum Schluss der Debatte.
Einstimmig wird der Antrag angenommen.

Herr Hansen stellt zur Abstimmung, ob die Gemeinde Langballig sich mit 1.000 Euro mit einen Unterstützungsfonds für die Flutopfer beteiligen soll.

Bei einer Ja-Stimmen, drei Nein-Stimmen und einer Enthaltung wird der **Antrag abgelehnt**.

gez. Frank Hansen	gez. Günter Cordsen
.....	.....
Frank Hansen	Günter Cordsen
Finanzausschussvorsitzender	Protokollführer / An.